

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Kiebsch & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 18/12. Fernruf 25251. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Kiebsch & Reichardt, Dresden-N. I., Marienstraße 18/12. Fernruf 25251. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abonnementpreis 12. Vierteljahr 27.00, halbjährlich 54.00, jährlich 108.00. Einzelhefte 1.50. Adressänderungen sind zu jedem beliebigen Zeitpunkt zulässig. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt fremder Beiträge.

Goebbels legt den Grundstein zur Filmakademie

Der geistige Mittelpunkt der deutschen Filmkunst

Berlin, 4. März.

Der Schirmherr des deutschen Films, Reichsminister Dr. Goebbels, nahm am Freitagvormittag in festlichem Rahmen die Grundsteinlegung zur Deutschen Filmakademie in der Ufa-Stadt Babelsberg vor. Der Feler, die den Auftakt zu einer neuen Epoche des deutschen filmkünstlerischen Schaffens darstellt, wohnten zahlreiche Vertreter von Partei und Staat und alle maßgebenden Persönlichkeiten des deutschen Films bei.

Eine Stätte, die sonst der aktiven Filmarbeit dient, die große Aufnahmehalle der Ufa-Stadt Babelsberg, war für die Grundsteinlegung festlich hergerichtet worden. Als erster ergriff der Generaldirektor der Universum-Film-Aktiengesellschaft,

Ludwig Kishch,

das Wort. Der Redner bezeichnete es als die vornehmste Zweckbestimmung der Deutschen Filmakademie, die Heranbildung eines befähigten Nachwuchses in lebendigster Verbindung mit der Praxis durchzuführen. Er gab dann einen Überblick über die einzelnen Gebiete des nationalen Filmstoffes. Der Durchschnitt eines solchen in künstlerischer und technischer Form auf höchster Stufe stehenden umfassenden Filmstoffes sei wie kein anderes Mittel dazu geeignet, ein geistiges Spiegelbild des Kulturstandes eines Volkes zu geben. Hierdurch gewinne der Film Staatspolitische Bedeutung in innen- und außenpolitischer Hinsicht.

Der Präsident der Reichsfilmkammer,

Professor Dr. Lehnd,

bezeichnete in seiner Ansprache die Grundsteinlegung der Deutschen Filmakademie und das Reichsinstitut für Kulturfilmwissenschaften als ein Ereignis von denkbar größter Tragweite.

Die Filmakademie werde neben ihrer Lehrtätigkeit auch eine Forschungstätigkeit entwickeln müssen. Die wichtigste Bedeutung jedoch, die die Zusammenfassung aller Einzelbestrebungen und ihre Erweiterung zu einer großen Lehr- und Forschungseinheit mit sich bringe, sei die, daß erst auf solcher Grundlage die weltanschaulichen Richtlinien und Überzeugungen vermittelt werden können, von denen der deutsche Film ausgehen habe und von denen jeder deutsche Filmschaffende in Zukunft erfüllt sein müsse.

Ran trat Reichsminister Dr. Goebbels an den Grundstein heran, um die symbolischen drei Hammerschläge vorzunehmen.

Dr. Goebbels legt den Grundstein

„Ich vollziehe hiermit“, erklärte Reichsminister Dr. Goebbels, die Grundsteinlegung der Deutschen Filmakademie. Ich verbinde damit den Wunsch, daß in der nun entscheidenden

Die grundsätzliche Rede, die Dr. Goebbels auf der Rundgebung der Filmschaffenden im Reichstagsgebäude hielt, und in der er sich mit den gegenwärtigen Problemen des Films beschäftigte, veröffentlichen wir im Innern des Blattes.

Deutschen Filmakademie immer drei Erkenntnisse zu Hause sein mögen,

daß die Kunst mehr mit Können als mit Wollen zu tun hat, daß Wirtschaft und Technik der Kunst untertan sind, und daß der Dienst am Volk die höchste Ehre und die höchste Pflicht unseres Lebens und unseres Arbeitens ist.

Am Schluß der Festsprache gedachte Dr. Lehnd in Verehrung und Dankbarkeit des Führers, ohne dessen Werk die heutige Grundsteinlegung der Deutschen Filmakademie nicht denkbar wäre. Nur in seinem Staat konnten solche Pläne reifen.

Im Anschluß daran beehrte Reichsminister Dr. Goebbels mit einigen Ehrenworten das an der Seitenfront der großen Halle aufgeführte Modell der neuen Filmakademie.

Hodzas „Antwort“ auf die Reichstagsrede des Führers

Der Prager Ministerpräsident über die Beziehungen der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich

Prag, 4. März.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza legte am Freitag im Prager Abgeordnetenhaus und im Senat die Auffassung der tschechoslowakischen Regierung zur internationalen Lage dar. Er betonte dabei besonders eingehend mit dem Verhältnis der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich.

Ministerpräsident Dr. Hodza verwies zunächst auf den zwischen den beiderseitigen diplomatischen Organen stattfindenden Meinungsaustausch, der das Ziel habe, daß die Organe der Öffentlichkeit, insbesondere der Journalistik, auf beiden Seiten Angriffe vermeiden und Objektivität als den höchsten Stolz der Presse bewahren. Mit gutem Erfolg seien auch Verhandlungen wirtschaftlicher Natur mit dem Deutschen Reich beendet worden. „Wir zweifeln nicht“, so sagte der Ministerpräsident wörtlich, „daß der Meinungsaustausch auch über weitere Fragen im Geiste gegenseitigen Verständnisses geführt werden wird.“

Um die Erklärung des Führers

Der Ministerpräsident kam dann kurz auf die Rede des Generalfeldmarschalls Göring zu sprechen und knüpfte dann an die Erklärung des Führers und Reichslanzlers an, daß zu den Interessen des Deutschen Reiches auch der Schutz der Bürger deutscher Nationalität anderer Staaten gehöre, die aus eigener Kraft nicht imstande seien, sich innerhalb ihrer eigenen Grenzen das Recht auf allgemeine, menschliche, politische und weltanschauliche Freiheit zu sichern.

Auf Prag zu beziehen oder nicht?

„Nach unserem Urteil“, sagte Dr. Hodza, „braucht man diese Erklärung nicht auf die Tschechoslowakei zu beziehen.“ Deswegen nicht, weil man von den deutschen Bürgern der Republik nicht sagen könne, daß sie aus eigener Kraft nicht imstande wären, sich das vorgenannte Recht zu sichern.

Es könnte jedoch auch die Anschauung entstehen, fuhr Dr. Hodza fort, daß der Reichslanzler doch an den Schutz der Deutschen auch in der Tschechoslowakei dachte. Ein in diesem Sinne formulierter Standpunkt wäre ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei. „Es wäre ein sehr schlechter Dienst an der weiteren Entwicklung

der Angelegenheiten in Mitteleuropa und an den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich“, sagte Dr. Hodza, „wenn wir hier nicht sehr klar sagen würden, daß die Tschechoslowakei niemals und unter keinen Umständen einen Eingriff in ihre innerpolitischen Angelegenheiten zulassen kann. Die tschechoslowakische Regierung läßt daher niemanden in Zweifel darüber, daß die Bevölkerung dieses Staates sämtliche Attribute ihrer staatlichen Selbstständigkeit mit allen Kräften, falls sie berührt würden, verteidigen würde. Wir suchen den Frieden. Die heutige Lage Europas zwingt uns aber, zu sagen, daß, sollte uns das Schicksal einmal vor die Notwendigkeit der Verteidigung stellen, die Tschechoslowakei sich wehren, wehren, wehren wird bis in die letzten Folgen, gestützt auf ihre gesamte technische und sittliche Rasse. Wir sind und heute alle gegenseitige Klarheit schuldig. Eine klare Sprache bedeutet guten Willen, Loyalität und Frieden. Die Heimat der seit alters her hier anwesigen deutschen Bevölkerung liegt im tschechoslowakischen Staat. (?) Es ist daher die Aufgabe einzig und ausschließlich dieses Staates, vom ersten Tage seiner Erneuerung sein Verhältnis zu dieser Bevölkerung so zu regeln, daß diese selbst die ewige Wahrheit fühlt und erlebt, daß ihre ewige Heimat in der Tschechoslowakei ist.“

Barrieren psychologischen Charakters

„Der deutsche Reichslanzler hat erklärt“, fuhr Dr. Hodza fort, „daß es bei gutem Willen möglich ist, einen Weg des Ausgleiches zur Vermeidung zu finden. Mit dieser Ansicht des Reichslanzlers stimme ich voll überein. Europa erwartet mit Recht von den Männern in Mitteleuropa, daß sie durch die Regelung des zwischenstaatlichen deutsch-tschechoslowakischen Problems unter dem Gesichtswinkel der europäischen Zusammenarbeit Geschichte machen. Zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei bestehen mehr Barrieren psychologischen als politischen Charakters. Unser Volk, selbst von nationalem Gefühl jedes anderen. Es ist erforderlich, daß auch die Bevölkerung des Deutschen Reiches Verständnis dafür habe, was nach langen Jahrzehnten und Jahrhunderten des alten habsburgischen Regimes die Seele der Bevölkerung der Tschechoslowakei bekrümte. Wir haben und tausend Jahre lang nicht gekämpft, wir bekommen auch heute keine Angst, weil wir uns über sind der Einheit der Herzen und der Vernunft aller Tschechoslowaken sowie des Zusammenwirkens mit jenem Teil Europas, der wie wir keine gewalttätigen Eingriffe, sondern Ruhe und Frieden wünscht.“

Schiffe, Zonen und Kanäle

Seit Kriegsende ist auf den Werften der Seemächte nicht mehr in so flieberhaftem Tempo gearbeitet worden wie heute. Ueberall wachsen riesige Schiffsrielen aus den Docks empor, die einmal über Krieg und Frieden auf den Weltmeeren entscheiden sollen. Der letzte Rest jener umkämpften und ungerecht gehandhabten Nachkriegsrechnung, die man Abrechnung nannte, wird jetzt zu Grabe getragen. Erstaunlich lange, vom 6. Februar 1923 bis zum Beginn des Jahres 1938, hatten die Siegermächte wenigstens auf dem Gebiet der Seerichtungen gewisse Bindungen eingehalten. Der Washingtoner Flottenvertrag von 1922 verteilte mit seiner magischen Formel 5:5:3:1,75:1,75 die Herrschaft zur See unter fünf Mächten, England, USA, Japan, Frankreich und Italien. Als Japan dieses Abkommen kündigte, begann eine neue Epoche der ozeanischen Politik. Zwar einigten sich die angestrichelten Staaten und Frankreich in dem Londoner Vertrag vom 25. März 1936 noch einmal über eine gewisse Begrenzung der Tonnage und der Bekämpfung der Schiffschiffe; zu einer umfassenden, allgemein verbindlichen Formel ist es jedoch nicht wieder gekommen. Auch die Londoner Abmachungen sind heute so gut wie entwertet, weil die Tonnage- und Kaliberbegrenzung nur dann für die drei Vertragsstaaten Gültigkeit haben soll, wenn sie von anderen Seemächten nicht überschritten wird.

Und hier liegt der springende Punkt für die gegenwärtige Flottenpolitik. Man unterstellt Japan den Bau von Schlachtschiffen, die über die 35.000-Tonnen-Grenze wesentlich hinausgehen und deren Geschütze bis auf 356 Zentimeter festgesetzte Höchstkaliber ebenfalls überschreiten. Dieses Gerücht — das es mehr ist als ein Gerücht, dafür steht bis zur Stunde noch jeder Beweis — hat der Flottenpolitik ein neues Gesicht gegeben. „Japan baut 48.000-Tonnen-Schlachtschiffe“, das ist die Bauberformel, mit der heute in England und Amerika Propaganda für eine gigantische Seerüstung gemacht wird. Sowohl in Amerika als auch in England werden alle Kräfte mobilisiert, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit derart umfangreicher Rüstungen zu überzeugen. Im Schoß der Regierung, in den Parlamenten und politischen Klubs, in Tageszeitungen und Fachzeitschriften wird das Thema erörtert, und in den letzten Wochen hat zwischen London, Paris, Washington und Tokio ein diplomatisches Wechselspiel eingesetzt, das den Horizont endgültig aufklären soll. Diese Klärung ist insofern wesentlich, weil die japanischen Ueberflachtschiffe bisher nur in der Vorbesetzung angestrichelter Marinekreise vorhanden sind, also lediglich eine Drohpistole darstellen. Wie es scheint, liegt Japan im Augenblick nicht viel daran, die Unklarheit über seine Seerüstungen zu beseitigen. Deutschland ist an diesen Erörterungen insofern nicht uninteressiert, als es durch das deutsch-englische Flottenabkommen — das einzige quantitative Abkommen zur Rüstungsbegrenzung, das es heute in der Welt gibt — mittelbar an dem ganzen Fragenkomplex beteiligt ist.

Das Bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß es heute vor allem um das Schlachtschiff, die Herrschaft der Meere, geht. Fragen, die früher eine große Rolle gespielt haben, wie U-Boote, Flugzeuge usw., sind in den Hintergrund getreten. Das Schlachtschiff, das seit Weltkriegsende in Unnade gefallen war, erlebt eine neue Auferstehung. Die Auswertung der seestrategischen Ergebnisse der Seagerratschaft, die Entwicklung der Luftwaffe und nicht zuletzt die hohen Kosten (100 bis 150 Millionen Mark) haben in den letzten zwanzig Jahren den Rückwert eines Schlachtschiffes erheblich herabgemindert. Das ging so weit, daß England, die erste Seemacht, zehn volle Jahre lang kein Schlachtschiff auf Stapel gelegt hat. Heute vollzieht sich in diesen Anschaffungen ein grundlegenden Wandel. Technische und politische Erfahrungen der letzten Jahre haben die Kampfkraft und die Bedeutung der Schlachtschiffe völlig umgewertet. In technischer Beziehung sind es vor allem Fortschritte der Konstruktion. Vier Faktoren bestimmen den Kampfwert eines Schlachtschiffes: Panzerung, Artillerie, Geschwindigkeit und Aktionsradius. Die Panzerung ist wesentlich verstärkt worden, bis zu drei Panzergürteln schütze heute die wichtigsten Teile des Schiffes. Die Geschützeleistungen sind größer geworden, womit gleichzeitig der Munitionsvorrat größer wurde. Der Einbau von Flakgeschützen und die Abnahme von Kampflinien wurde notwendig. Endlich machte die Erhöhung des Aktionsradius größere Brennstoffbestände erforderlich. Das alles trägt dazu bei, daß die 35.000-Tonnen-Grenze früher oder später doch einmal überschritten werden muß. Deshalb ist die Annahme nicht einfach von der Hand zu weisen, daß England und USA die Drohpistole von den japanischen Ueberflachtschiffen als willkommenen Vorwand aufgegriffen haben, um die angebotenen Konstruktionsverbesserungen auszuführen und damit die 35.000-Tonnen-Schwelle beiseite schieben zu können.

Entscheidender aber noch als der Fortschritt der Technik hat die weltpolitische Entwicklung die Schlachtschifffrage beeinflusst, wobei politische Überlegungen technischen Problemen oft eine ganz bestimmte Lösungsvorgabe vorgezeichnet. So ist die Größe des Aktionsradius keine feststehende Größe, sondern für jede Seemacht verschieden. Es ist einzu-

Vertical list of numbers and small text on the left margin, likely a table of contents or index.